

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

Mardi matin, 20 mars 2018

Direction de l'instruction publique

13 2017.RRGR.334 Motion 116-2017 Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, UDC)
Augmenter les émoluments pour les écoles à journée continue avec modération
Motion ayant valeur de directive

La présidente. Wir kommen zum Traktandum 13, der Motion «Bessere Kostendeckung bei Tagesschulen». Die Regierung ist bereit, diese Motion als Postulat anzunehmen. Wir führen eine reduzierte Debatte. Das Wort hat die Motionärin Grossrätin Geissbühler.

Sabina Geissbühler-Strupler, Herrenschwanden (UDC). Wir Motionäre sind der Meinung, dass das Tagesschulgebührensysteem angesichts der finanziellen Situation von Kanton und Gemeinden grundsätzlich zu hinterfragen ist. Beim heutigen System ist die Minimalgebühr so angesetzt, dass sie auch für Personen mit bescheidenem Einkommen zahlbar ist. Das finden wir wichtig und richtig. Die Maximalgebühr wird hingegen auf der Basis der Normkosten berechnet. Dies bedeutet meist eine Kostendeckung, aber unter dem Strich gibt es ein Delta. Dies führt dazu, dass der Kanton circa 40 Prozent, also im Jahr ungefähr 20 Mio. Franken übernehmen muss.

Dazu muss gesagt werden, dass die Kantone Zürich, Baselland, Solothurn und Aargau gar nichts an die ausserschulische Betreuung, also an Tagesschulen, zahlen, und der Kanton Freiburg zahlt lediglich 10 Prozent. Auch darf man nicht ausser Acht lassen, dass zwar 80 Prozent der Schulkinder im Kanton Bern Zugang zu einer Tagesschule haben, aber nur gerade 19 Prozent der Kinder das Angebot beanspruchen. Stossend ist, dass Gutverdienende mit einem steuerbaren Einkommen von bis zu 160 000 Franken im Jahr noch subventionierte Tagesschulplätze für ihre Kinder erhalten. Aus all diesen Gründen möchten wir Sie bitten, wie der Regierungsrat, die Motion als Postulat anzunehmen. Wir wandeln also hiermit in ein Postulat um. Danke für Ihre Unterstützung.

La présidente. Der Vorstoss ist in ein Postulat umgewandelt worden. Ist das Postulat bestritten? – Dies scheint der Fall zu sein. Ich gebe gerne den Fraktionssprechern das Wort. Für die BDP-Fraktion spricht nun Grossrat Stähli.

Ulrich Stähli, Gasel (PBD). Bereits im März 2014 lehnte der Grosse Rat eine ähnliche Motion deutlich ab, und es könnte der Verdacht entstehen, dass mit einem neuerlichen Vorstoss einfach ins Gefüge der Tagesschulen eingegriffen werden soll. Die BDP-Fraktion erachtet die Tagesschulen als äusserst wichtige Institutionen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, und sie sind insbesondere auch für unsere wirtschaftliche Entwicklung kaum mehr wegzudenken. Wir sind überzeugt, dass die Höhe der Elterngebühren einem austarierten Tarifsysteem entspricht und nicht ohne Not geändert werden soll.

Wenn gut situierte Eltern ihre Sprösslinge aus den für sie alsdann zu teuren öffentlichen Einrichtungen herausnehmen, gefährdet dies die soziale Durchmischung. Mit weniger Kindern sinkt der Deckungsgrad, und es entstehen schlussendlich Mehrkosten für die Allgemeinheit. Ich sage es deutlich: Ein Experiment beim Tarif der Tagesschulen brauchen wir nicht.

Die BDP-Fraktion hätte eine Motion einstimmig abgelehnt, und auch ein Postulat wird von der Mehrheit abgelehnt. Der Regierungsrat weist in seiner Antwort darauf hin, dass er schon jetzt im

Rahmen eines Projekts laufend kostensenkende Massnahmen prüft. Ähnlich wie beim letzten Geschäft ist hier eigentlich ein Postulat eben nicht nötig.

Madeleine Graf-Rudolf, Belp (Les Verts). «Bessere Kostendeckung bei Tagesschulen»: Der Regierungsrat wird beauftragt, die schulergänzende Betreuung so anzupassen, dass mit den erhobenen Gebühren in der Summe eine bessere Kostendeckung erreicht wird. Die Motionärin möchte die Kostendeckung so anpassen, dass die Tarife bei Gutverdienenden erhöht werden. Dies haben wir ja gehört. Wir Grünen sind klar dagegen. Wir alle wissen um den Stellenwert der Tagesschule. Gerade weil Kinder aus allen Schichten diese besuchen, profitieren die Kinder von der sozialen Durchmischung. Dieses Gleichgewicht darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. Zu hohe Gebühren können dazu führen, dass Familien mit einem hohen Einkommen günstigere private Angebote bevorzugen. Wenn gutgestellte Eltern in den Privatbereich wechseln, würde der Finanzierungsgrad der Eltern gesenkt und das Gegenteil der Motion erreicht.

Es muss uns auch bewusst sein, dass dies zu einer Zweiklassengesellschaft führen könnte. Der Kanton Bern verfügt über ein bewährtes, soziales, gerechtes und familienpolitisch sinnvolles System, welches den Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht. Die GEF prüft momentan im Rahmen der Einführung von Betreuungsgutscheinen in der familienergänzenden Kinderbetreuung verschiedene kostensenkende Massnahmen, so auch Anpassungen beim Tarifsystem. Die ERZ arbeitet eng mit der GEF zusammen.

Annegret Hebeisen-Christen, Münchenbuchsee (UDC). Aufgrund der finanziellen Situation von Kanton und Gemeinden ist die SVP-Fraktion nach wie vor der Meinung, dass die Maximalgebühr mehr als kostendeckend sein sollte. Es gibt viele sehr gut verdienende Eltern, die eine Anpassung der Tarife ohne Weiteres verkraften würden. Wäre es nicht geradezu sozial, wenn eine Querfinanzierung durch die finanziell Stärkeren an die finanziell Schwächeren stattfinden würde und der Kanton und die Gemeinden so entlastet würden? Stutzig geworden bin ich schon ein bisschen bei der Aussage des Regierungsrats, wonach die Gefahr gross sei, dass gutverdienende Eltern nach einer Tarifierhöhung zu günstigeren privaten Angeboten wechseln würden.

Von den umliegenden Kantonen leistet nur der Kanton Freiburg Beiträge an die Tagesschulkosten. Wir haben es bereits gehört. In den Kantonen Aargau, Baselland, Solothurn und Zürich gibt es keine kantonalen Vorgaben. Hier sind die Gemeinden neben den Eltern für die Deckung der Tagesschulkosten verantwortlich beziehungsweise in der Pflicht. Damit es klar ist: Die SVP-Fraktion stellt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als ein wichtiges wirtschafts- und sozialpolitisches Anliegen nicht infrage. Gemäss Angaben des Regierungsrats prüft die GEF im Moment im Rahmen ihres Projekts zur Einführung von Betreuungsgutscheinen im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung verschiedene kostensenkende Massnahmen wie die Anpassung des Tarifsystems, worunter auch die Finanzierung der Tagesschulen fällt. Die SVP-Fraktion wird dem Vorstoss in Form eines Postulats zustimmen und hofft, obwohl der Vorstoss jetzt nur noch einen Prüfcharakter hat, dass die Tarifsysteme, wie vom Regierungsrat erwähnt, unter die Lupe genommen werden.

La présidente. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion hat Grossrat Egger das Wort.

Ulrich Egger, Hünibach (PS). Die SP-JUSO-PSA-Fraktion ist in dieser Sache absolut derselben Meinung wie der Regierungsrat, allerdings mit der Ausnahme, dass wir diesen Vorstoss nicht nur als Motion, sondern auch als Postulat ablehnen. Weshalb? Weshalb setzt sich die SP für die Schonung des Portemonnaies der Reichen ein? Der Grund ist, dass dieser Vorstoss vollständig in die falsche Richtung zielt. Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass Tagesschulen und schulergänzende Betreuung für alle kostenfrei angeboten werden sollten. In der jetzigen Situation mit den bestehenden Elternbeiträgen sind wir halt zwangsläufig der Meinung, dass vermögende Eltern die Kosten ihrer ganztagesbetreuten Kinder im Sinne einer solidarischen Gesellschaft vollständig tragen sollten.

Wenn wir jetzt aber die Beiträge der vermögenden Eltern höher ansetzen als die realen Kosten, gefährdet das die Solidarität, weil die vermögenden Eltern unter Umständen auf eine selber organisierte Lösung ausweichen oder die zweite Elternperson gar nicht arbeiten geht. Dies haben schon Vorrednerinnen und Vorredner festgehalten. Im ersten Fall verlieren wir ein Stück vom Kitt, der unseren Kanton Bern und unsere Schweiz zusammenhält, nämlich die Tatsache, dass grundsätzlich alle Kinder, ob arm oder reich, die gleichen Kitas, Kindergärten und Schulen besuchen. Darum müssen wir die Reichen in unserem Bildungsboot und in unserem Betreuungsboot behalten.

Wenn wir gut ausgebildete Leute dazu ermuntern, zu Hause zu bleiben, weil ihre Kinderbetreuung so teuer ist, verschenkt der Kanton Bern nicht nur Ausbildungskosten und viel Know-how, sondern nimmt auch weniger Steuern ein. Kurz zusammengefasst ist die Motion also nichts anderes als ein versteckter Angriff auf unsere öffentlichen Tagesschulen und Tagesstätten. Deshalb bitten wir Sie alle, diese Motion auch als Postulat in aller Form abzulehnen.

Christine Grogg-Meyer, Thunstetten (PEV). Wir haben diesen Vorstoss in der EVP-Fraktion gründlich diskutiert. Es gab eigentlich einen einzigen Punkt, der uns oder einen Teil von uns dazu hätte bewegen können, dieses Postulat anzunehmen, nämlich den Punkt, dass man vielleicht darüber nachdenken müsste, ob man die Lohnobergrenze noch etwas senken könnte. Das wäre der einzige Grund gewesen. Aber es gibt sehr viele Gründe, die dafür sprechen, dieses Postulat abzulehnen.

Wenn Familien mit Einkommen von über 158 000 Franken mehr als die Vollkosten bezahlen müssten, wäre das eine Ungerechtigkeit. Das Risiko bestünde, dass sich diese Familien aus der Tagesschule verabschieden und eine günstigere Variante wählen würden, zum Beispiel eine Nanny. Das hätte zur Folge, dass wir die Durchmischung der Schülerinnen und Schüler, die wir uns in den Tagesschulen wünschen und die sehr wichtig ist, nicht mehr haben.

Zweitens könnte sich dieses Ansinnen als Knieschuss für diejenigen erweisen, die die Gemeinden entlasten wollen. Ziehen sich wohlhabende Eltern aus der Tagesschule zurück, sinkt der Durchschnitt der Elternbeiträge, und die Gemeinde wird vermehrt zur Kasse gebeten. Das bestehende System hat sich bewährt. Es hat zu keinen Aufständen oder Reklamationen geführt. Also Hände weg von solchen Änderungen. Wenn wir den Kanton vorwärts bringen wollen, müssen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für alle möglich und attraktiv halten. Deshalb bitte ich um Ablehnung dieses Postulats.

Katharina Baumann-Berger, Münsingen (UDF). Die erhobenen Gebühren für Tagesschulen sollen in der Summe eine bessere Kostendeckung erreichen – ein nachvollziehbarer Grundgedanke. Wir stellen uns trotzdem die Frage, ob es richtig ist, dass Gutverdiener mehr als die verursachten kostendeckenden Gebühren übernehmen müssen. Wir fänden es aber interessant, wenn die anfallenden Kosten durch die direkten Kostenverursacher nach ihrer jeweiligen Möglichkeit und mit gegenseitiger Solidarität getragen würden; so würde der Kanton entlastet. Dies ist insbesondere zu berücksichtigen, da in anderen Kantonen keine Beiträge an Tagesschulen geleistet werden, wie wir gehört haben. Mit dem aktuellen Projekt aus der GEF zur Prüfung der Einführung von Betreuungsgutscheinen in der familienergänzenden Kinderbetreuung wird das ganze Thema neu aufgegriffen, und die EDU-Fraktion kann sich der Meinung des Regierungsrats anschliessen und das Anliegen mit Annahme als Postulat unterstützen.

Michael Köpfli, Berne (pvl). Uns geht es ein bisschen wie dem Sprecher der SP-JUSO-PSA- und der Sprecherin der EVP-Fraktion. Wir teilen eigentlich die Ausführungen des Regierungsrats weitgehend, kommen aber ebenfalls zum Schluss, dass es diesen Vorstoss auch als Postulat nicht braucht. Für uns stimmt auch die Begründung des Vorstosses nicht. Es ist zwar richtig, dass das Tarifsysteem überarbeitet werden soll. Die Einführung der Betreuungsgutscheine auf kantonaler Ebene war immer eine Forderung von uns. Wir begrüssen es sehr, dass dies jetzt ausgeweitet werden soll. Idealerweise würden auch Tageseltern und Tagesschulen voll in dieses System integriert. Das heisst, der Regierungsrat kann und muss dort sowieso schon Anpassungen vornehmen. Der Vorstoss zielt jetzt aber ganz klar auf höhere Einkommen ab, und da möchte ich schon auch eine Lanze dafür brechen, dass man hier die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und nicht nur eine Umverteilung im Fokus hat. Es ist auch in volkswirtschaftlichem Interesse, dass der Mittelstand, also relativ gute Einkommen, eine Unterstützung erfährt, wenn beide Eltern erwerbstätig sind und deshalb nämlich in unserem Kanton nicht zuletzt wegen der Progression weit überdurchschnittlich viel Steuern zahlen. Hier soll nicht primär die Umverteilung, sondern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Fokus stehen. Deshalb finden wir eine Unterstützung – und hier geht es nicht um Unterstützung für Millionäre, sondern für den Mittelstand – sinnvoll, so lange die Steuerbelastung für Doppelverdiener-Ehepaare oder auch -Konkubinate so hoch ist, wie das heute der Fall ist.

Aus diesem Grund möchten wir diesen Vorstoss nicht annehmen. Der Regierungsrat hat alle Möglichkeiten, das Tarifsysteem auch so anzupassen. Wir bitten um Ablehnung.

Hans Rudolf Vogt, Oberdiessbach (PLR). Die Motionäre verlangen, die Finanzierung für die schulergänzende Betreuung sei so anzupassen, dass mit höheren Gebühren eine Kostendeckung erreicht werden kann.

Die Regierung zeigt in ihrer Antwort auf, wie das heute gültige Tarifsysteem funktioniert und ist der Meinung, es sei eine gute Lösung. Die FDP sieht das genau gleich. Weil die GEF momentan im Rahmen des Projekts zur Einführung von Betreuungsgutscheinen Anpassungen des Tarifsystems am Prüfen ist, ist sie bereit, den Vorstoss als Postulat anzunehmen. Die FDP-Fraktion unterstützt die Regierung und in diesem Sinne das Postulat.

La présidente. Wir sind am Ende der Diskussion. Ich gebe gerne dem Regierungspräsidenten Bernhard Pulver das Wort.

Bernhard Pulver, directeur de l'instruction publique. Die Gebührenerhebung in den Tagesschulen war immer wieder ein Thema von Vorstössen. Deshalb erlaube ich mir einen allgemeinen Hinweis darauf, welche Spielräume wir hier überhaupt haben. Es gibt bei den Gebühren für die Tagesschulen einen Minimaltarif. Ab einem bestimmten Einkommen steigt der Tarif linear bis zu einem Maximaltarif an, und von dort an ist der Maximaltarif gegeben. Wenn Sie nun an diesen Gebühren etwas rumschrauben wollen – wahrscheinlich wollen Sie, so hört man immer wieder, dass die höheren Einkommen etwas mehr zahlen –, dann gibt es dafür zwei Möglichkeiten. Sie können entweder den Maximaltarif anheben; das wurde vorhin verschiedentlich erwähnt. Dann zahlen die Leute ab einem gewissen Einkommen mehr, als die Tagesschule tatsächlich kostet. Jetzt können Sie entscheiden, um wie viel sie erhöhen wollen, ob Sie den Maximaltarif um 10 oder um 50 Prozent anheben wollen. Da sind Sie frei. Diejenigen aber, die so viel verdienen, werden sich überlegen, ob sie wirklich für ein Produkt, das soundso viel kostet, freiwillig 10, 20 Prozent mehr zahlen wollen. Private Angebote sind dann günstiger als diese Maximaltarife. Tendenziell werden wir dann einige wenige grossherzige Gutverdienende haben, die sagen: «Ich zahle dem Staat gerne 20 Prozent mehr für die Tagesschulangebote.» Andere werden sagen: «Ich gehe in ein privates Angebot, da zahle ich weniger.» Wir haben eigentlich kein Interesse daran, Gutverdienende aus den öffentlichen Tagesschulen rauszudrängen, weil wir eigentlich eine soziale Durchmischung wollen. Mehrere Grossräte wie Ueli Stähli oder Christine Grogg haben darauf hingewiesen, dass genau das passieren würde. Daran haben wir eigentlich kein Interesse.

Die zweite Möglichkeit wäre, dass die Schwelle, von welcher an der Maximaltarif verlangt wird, auf ein tieferes Einkommen verlegt wird. Sie verschieben also diese lineare Kurve nach links. Das ist eine Möglichkeit. Sie sagen, dass man bereits ab einem geringeren Einkommen als zurzeit vorgeesehen den Maximaltarif bezahlt. Die Leute mit diesen Einkommen werden weiterhin in diese Tagesschule kommen, das ist nicht das Problem. Das Problem betrifft einige wenige. Sie werden aber die ganze Kurve verschieben. Sie müssen die ganze Kurve verschieben, die ganze Tarifstruktur. Das heisst, für diese Massnahme zahlt vor allem der Mittelstand; es zahlen vor allem die Leute mit tieferem Einkommen. Dies haben wir genau angeschaut. Dann schenkt es auch etwas ein, dann bekommt man auch ein paar hunderttausend Franken, vielleicht sogar 2 Mio. Franken mehr pro Jahr. Dies bezahlen dann aber nicht die Leute mit den hohen Einkommen. Es sind zwar auch ein paar, aber die grosse Menge sind die Leute im mittleren Bereich, die dann alle etwas mehr bezahlen, und das wollen wir eigentlich auch nicht. Wir wollen genau die in der Tagesschule behalten und nicht Anreize dafür schaffen, dass sie sich anders organisieren.

Ueli Stähli hat es sehr gut gesagt: Es ist immer ein Risiko, an diesem System rumzuschrauben. Ich glaube, das System ist nicht schlecht gemacht. Es ist sehr gut überlegt. Wir sollten nicht ohne Not an diesem System rumschrauben. Deshalb bin ich froh, dass wenigstens die Umwandlung in ein Postulat erfolgt ist. Wir prüfen immer wieder – auch im Zusammenhang mit der Einführung der Betreuungsgutscheine –, ob wir am System überhaupt etwas ändern können. Grundsätzlich finde ich, dass jede Änderung an diesem System mehr finanz- und sozialpolitische Risiken als Chancen hat. Insofern bin ich auch nicht dagegen, wenn man das Postulat ablehnt. Wir machen unsere Arbeit genau gleich weiter, wir analysieren immer wieder. Wenn Sie das Signal aussenden, «Ändern Sie nicht zu viel an diesem System!», dann ist dies sicher kein falsches Signal.

La présidente. Wir kommen somit zur Abstimmung über die Motion. Die Motionärin hat diese umgewandelt. Wer die Motion als Postulat annimmt, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Vote (adoption sous forme de postulat)

Décision du Grand Conseil:

Rejet

Oui 64

Non 85

Abstentions 1

La présidente. Sie haben das Postulat abgelehnt mit 85 Nein- gegen 64 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung.